

Interview mit Dr. Anja Weisgerber (MdEP)

Dr. Anja Weisgerber ist Mitglied im Europäischen Parlament, für das sie am 07. Juni wieder kandidiert. Frau Weisgerber ist auch kooptiertes Vorstands-Mitglied im ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld. Aus diesem Grund befragte sie der ASP-Kurier nach ihren politischen Prinzipien und den Schwerpunkten ihrer Arbeit auf europäischer Ebene. Ihr Interviewpartner war Julian Hertzog. Hertzog ist Mitarbeiter im Redaktionsstab des ASP-Kuriers. Wir geben das Interview hier im vollen Wortlaut wieder.

ASP-Kurier: Die Europäische Union (EU) ist für viele Bürger noch immer ein Synonym für Bürokratie und nicht nachvollziehbare Verordnungen. Welche Vorteile sehen Sie bei Ihrer täglichen Arbeit für den Bürger in Deutschland und insbesondere in Bayern durch die EU?

Weisgerber: Europa bringt uns viele Vorteile. Ein sehr aktuelles Beispiel ist die Finanzkrise. Nur ein geeintes, starkes Europa kann den Weg hin zu einer stabilen Weltfinanzordnung bereiten. Ein weiteres Beispiel ist der Klimaschutz. Europa hat weltweit eine Vorreiterrolle. Mit seinen ambitionierten Klimazielen hat es sogar den amtierenden US-Präsidenten Obama beeindruckt. Bei einer Rede vor dem US-Kongress sagte er, dass er beim Klimaschutz dahin wolle, wo Europa bereits sei. Wir profitieren auch maßgeblich vom europäischen Binnenmarkt. Etwa 60 % aller Exporte des „Exportweltmeisters“ Deutschland gehen ins europäische Ausland und jeder 5. bis 6. deutsche Arbeitsplatz hängt vom Binnenmarkt ab. Für die Verbraucher bringt der Binnenmarkt mehr Schutz durch Waren- und Lebensmittelkontrollsysteme und Preiserleichterung, z.B. durch das Roaming oder durch leichtere Auslandsüberweisungen.

ASP-Kurier: Sie sind u. a. im Ausschuss für Umweltfragen als Ausschussmitglied täglich mit einem breiten Spektrum an Problemstellungen und Sorgen der Bürger betraut. Welche Verbesserungen konnten aus der Ausschussarbeit für Bürger konkret erzielt werden?

Weisgerber: Grundsätzlich bin ich im Umweltausschuss immer bemüht, die Interessen aller zu berücksichtigen. Daher müssen Europäische Umweltstandards mit Augenmaß und im Einklang mit den Interessen der Kommunen und des Arbeitsmarktes sein. Ein Beispiel ist die Luftqualitätsrichtlinie. Ein europaweit hohes Schutzniveau sichert Lebensqualität für die Menschen und schafft einheitliche Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Es muss aber immer darauf geachtet werden, dass die bereits hohen bayerischen Standards und Vorleistungen anerkannt werden. Dies war beispielsweise beim Hochwasserschutz der Fall.

ASP-Kurier: Viele Bürger und insbesondere die CSU-Mitglieder sind auf die Berichterstattung „Brot für Verheugen – Genug Salz ins Brot“ aufmerksam geworden. Welche Konsequenzen hätte eine nicht praxisgerechte Regelung für die Konsumenten in unserer Region gehabt? Konnte auch für die Zukunft eine untaugliche Regelung inzwischen verhindert werden?

Weisgerber: Ein niedriger Schwellenwert für Salz im Brot hätte zwar kein Rezepturverbot zur Folge gehabt, aber doch eine Werbezensur. Brot hätte dann nur noch als gesund oder z. B. ballaststoffreich beworben werden dürfen, wenn auch angegeben worden wäre, dass es einen hohen Salzgehalt enthält. Ich bin aber der Meinung, dass die Bäcker das erwiesenermaßen gesunde deutsche Brot auch weiterhin als gesund bewerben können müssen. Darum stand ich in intensivem Kontakt mit der verantwortlichen Kommissarin für Verbraucherschutz, Androulla Vassiliou, und dem deutschen Industriekommissar Günter Verheugen. Höhepunkt meines Einsatzes war eine Brotverkostung im Europäischen Parlament, bei der ich auch Abgeordnete aus anderen Mitgliedstaaten auf das Problem aufmerksam machen konnte. Nach zähem Ringen hat die Kommission jetzt eingelenkt: es wird eine Ausnahme für traditionelle Grundnahrungsmittel geben - dazu gehört natürlich auch das deutsche Brot. Ich freue mich, dass mein Einsatz der letzten Mo-

nate Wirkung zeigt und die Kommission die Besonderheiten unserer traditionellen Produkte jetzt bei der Erstellung der Nährwertprofile berücksichtigt.

ASP-Kurier: Im Februar 2009 wurden über die EU-Pflanzenschutznovelle abgestimmt. Die ersten Ansätze und insbesondere die Forderungen anderer Parteien sahen teilweise wesentliche Einschränkungen im Einsatz dieser Mittel vor. Wie sahen hierbei die Forderungen der anderen Fraktionen aus und welche Auswirkungen hätten diese auf die heimische Landwirtschaft und den kleinflächigen, regionalen Obst- und Gemüseanbau gehabt?

Weisgerber: Die Grüne Berichterstatterin Breyer wollte 85 % der Wirkstoffe verbieten. Dies hätte eine nachhaltige und gewinnbringende Landwirtschaft bei uns unmöglich gemacht und zwangsläufig zu Importen von Obst und Gemüse aus Drittländern geführt, die teilweise weit höher mit Pestiziden belastet sind. Die ursprüngliche Forderung der Grünen konnte wesentlich abgeschwächt werden. Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass unsere Landwirte auch in Zukunft ausreichend Pflanzenschutzmittel zur Verfügung haben, um Resistenzen zu verhindern.

ASP-Kurier: Im Rahmen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise wurde immer wieder ein geschlossenes Handeln der EU gefordert. Welche Maßnahmen konnten diesbezüglich bereits ergriffen werden?

Weisgerber: Die EU hat bei beiden Finanzgipfeln – im vergangenen November in Washington und im April in London – bewiesen, dass sie mit einer Stimme sprechen kann und handlungsfähig ist. Im April hat das Europäische Parlament ein Paket zur Bekämpfung der Finanzkrise verabschiedet. Dabei steht z. B. die Regulierung von Rating-Agenturen im Vordergrund, die das Kreditrisiko vieler Anlagepapiere unterschätzten und maßgeblich zur aktuellen Krise beigetragen haben. Ein verpflichtendes Registrierungsverfahren und ein umfassendes Überwachungssystem durch eine europäische Aufsicht sollen entscheidend zur Risikoeingrenzung beitragen. Aber auch die Hedgefonds sollen reguliert und überwacht werden, die Managergehälter an die Dauer und Leistung des Arbeitsverhältnisses angepasst werden, und Banken sollen verpflichtet werden, sich einen Eigenkapitalpuffer anzulegen.

ASP-Kurier: Die Binnenwirtschaft der EU ist immer noch von teilweise gravierenden Unterschieden bei Gesetzen, Regelungen und insbesondere Steuern geprägt. Diese sind für den Bürger insbesondere an unterschiedlichen Steuersätzen deutlich sichtbar und nicht immer nachvollziehbar. Gerade für Grenzregionen, wie z.B. Bayern zu Österreich, bedeutet dies auf bayerischer Seite immer wieder erhebliche Wettbewerbsnachteile. Welche Verbesserungen sind an dieser Stelle notwendig und werden seitens der CSU in Brüssel vertreten?

Weisgerber: Wir verlangen reduzierte Mehrwertsteuersätze im Bereich des Hotel- und des Gaststättengewerbes, um einen Wettbewerbsnachteil für die bayerische Hotellerie abzuwehren. Die EU sieht im Grundsatz einen Mehrwertsteuersatz von mindestens 15 % vor, der in einzelnen Branchen, z. B. im Hotelgewerbe, reduziert werden kann. 22 von 17 Mitgliedstaaten machen von dieser Möglichkeit im Hotelgewerbe Gebrauch. Auf politischer Ebene haben sich die Finanzminister verständigt, diese Option auf weitere Bereiche auszuweiten, u. a. für den Gaststättenbereich. Diesem Vorhaben hat der SPD-Finanzminister Steinbrück auf europäischer Ebene auch zugestimmt. Nun hat er angekündigt, davon in Deutschland keinen Gebrauch zu machen. Wir in der CSU werden den Minister auffordern, diese Ermäßigung national umzusetzen.

ASP-Kurier: Welche Verbesserungen, Projekte und Förderungen konnten Ihrerseits innerhalb der letzten Legislaturperiode für Unterfranken erzielt werden?

Weisgerber: Ein Thema, für das ich bekannt bin, ist der Wein, das fränkische Markenzeichen schlechthin. Um die einzigartige Vielfalt des fränkischen Weins zu erhalten, haben wir durchgesetzt, dass auch über 2011 hinaus auf dem Etikett die verschiedenen

Lagen und Rebsorten angegeben werden können. Danach können das bestehende Bezeichnungssystem und das romanische System parallel angewendet werden.

Wir haben erreicht, dass unser bewährtes Qualitätswinsystem erhalten bleibt und jeder Winzer selbst entscheiden kann, ob er den Wein mit Saccharose anreichert, oder nicht. Erfreulich sind auch die neuen, zusätzlichen Fördermittel im Rahmen der Weinmarktreform. Bereits dieses Jahr bekommen unsere Winzer zusätzlich rund 1 Mio. Euro, die bis 2014 auf 2,3 Mio. jährlich ansteigen werden

Außerdem möchte ich noch meinen Förderleitfaden nennen. Er soll als Wegweiser durch den EU-Förderdschub dienen und die Möglichkeiten für Unterfranken aufzeigen. Erst vor kurzem habe ich eine Aktualisierung mit Bilanz zusammen mit Emilia Müller vorgestellt. Die enthaltenen Beispielprojekte sollen allen Mut machen, Fördermittel zu beantragen.

Sehr gefreut habe ich mich auch, dass ich einer Landwirtin aus Ramsthal helfen konnte, die ihre gesamte Betriebsprämie in Höhe von über 20.000 Euro zurückzahlen sollte.

Nachdem sich die Landwirtin an mich gewandt hatte, habe ich den Fall neu aufgerollt. Dabei wurde festgestellt, dass die gesetzliche Grundlage einen Spielraum vorsieht, der zugunsten der Landwirtin ausgenutzt werden konnte. Sie musste ihre Betriebsprämie so nicht zurückzahlen und hat sogar noch eine Rückzahlung erhalten.

ASP-Kurier: Weshalb ist gerade bei dieser Europawahl die Wahlbeteiligung mit Stimme für die CSU so wichtig?

Weisgerber: Die CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist ein echtes Kompetenzteam. Wir sind derzeit neun Abgeordnete, vertreten alle Regierungsbezirke Bayerns und decken alle Ausschüsse des Parlaments ab. Das heißt, dass es zu jedem Thema den richtigen Ansprechpartner gibt.

Im Europäischen Parlament werden derzeit 64,3 Mio. Stimmberechtigte in Deutschland von 99 deutschen Abgeordneten vertreten. Aus Bayern kommen derzeit 11 Abgeordnete. Das heißt, Bayern ist mit seinen 9,3 Millionen Stimmberechtigten derzeit im Vergleich zu den anderen Bundesländern eigentlich unterrepräsentiert. Nur die CSU tritt mit einer rein bayerischen Liste an. Bei einem guten Ergebnis für die CSU ist garantiert, dass ausschließlich bayerische Abgeordnete in das Europäische Parlament einziehen, die in Bayern verwurzelt sind und deshalb auch für die bayerischen Anliegen in Brüssel engagiert kämpfen. Die Stärke der CSU ist, dass auf unserer Liste Kandidaten aus allen Regierungsbezirken Bayerns stehen, wir vor Ort ansprechbar sind und Europa ein Gesicht geben. Wir entwickeln unsere Europapolitik gemeinsam mit den Menschen. Wir haben unser Ohr nah am bayerischen Bürger. Deshalb kann es uns nicht passieren, dass wir im Europäischen Parlament Positionen vertreten, die der breiten Meinung der Bevölkerung Bayerns entgegenstehen. Das ist unser Markenzeichen, das Markenzeichen der Europapolitik der CSU. Alle anderen Parteien, auch die Freien Wähler, die mit ihrer Teilnahme an der Bundestags- und der Europawahl auch formell zu einer Partei geworden sind, treten mit einer Bundesliste an. Da muss man bayerische Kandidaten mit der Lupe suchen! Wer Bayern wählen will, muss also die CSU wählen.

ASP-Kurier: Wo sehen Sie territorial, kulturell und persönlich die Grenzen Europas und der Europäischen Union?

Weisgerber: Ich bin gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, weil die Türkei ein Land ist, in dem Christen verfolgt, Frauendemonstrationen blutig niedergeschlagen und die Presse- und Meinungsfreiheit beschnitten wird. Ein Land, in dem unsere eigene Religion nicht geachtet wird, kann nicht Mitglied unserer europäischen Familie, Kultur- und Wertegesellschaft werden.

Ankara erfüllt nicht einmal die Minimalkriterien für Beitrittsverhandlungen. Die Türkei liegt außerdem zumindest zum größten Teil nicht in Europa, sondern in Kleinasien. Ich spreche mich also gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus, aber für die Vertiefung der Freundschaft mit der Türkei. Ein Türkeibeitritt würde die EU auch finanziell überfordern, 40 % der europäischen Fördergelder würden in die Türkei fließen, das wären etwa 20 Milliarden Euro.

Was die Mitgliedschaft anderer Länder betrifft, so möchte ich auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) verweisen. Die ENP ist Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, sie wurde im Jahr 2004 von der Kommission eingeführt. Die ENP zielt darauf ab zu verhindern, dass zwischen der erweiterten Europäischen Union und ihren neuen Nachbarn neue Trennlinien entstehen, und sie zielt darauf ab, den Wohlstand, die Stabilität und die Sicherheit in allen betroffenen Staaten zu fördern und die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene zu verstärken. Die ENP begann mit der östlichen Nachbarschaft, wurde dann aber schrittweise ausgeweitet. Nach der großen Erweiterungsrunde von 2004 wurde die *[auf Englisch:] Wider Europe Initiative* eingeführt, um die Beziehungen der EU mit Russland, Weißrussland, der Ukraine und Moldawien zu verbessern. Diese Politik hat gute Wirksamkeit bewiesen, sie ist aber nicht, wie von der Kommission ursprünglich angedacht, Garantie für einen Beitritt zur Europäischen Union. Im Falle der Ukraine unterstütze ich die Verhandlungen zum geplanten vertieften Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, ich halte eine Mitgliedschaft aber nicht für angebracht. Im Falle Weißrusslands steht ein EU-Beitritt aufgrund des Regimes von Aleksander Lukaschenko ohnehin derzeit nicht zur Debatte. Kroatien erfüllt die Kriterien mehr als mancher Mitgliedstaat. Der Bericht des Außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments (AFET) über den EU-Beitrittskandidaten Mazedonien am 22. Januar 2009 fiel positiv aus. Die Länder Südosteuropas verdienen eine faire Behandlung Ihrer Anliegen seitens der europäischen Union. Mazedonien hat z. B. bereits erhebliche Fortschritte im Reformprozess erzielt und sich zu einem stabilisierenden Faktor in der Region entwickelt.

ASP-Kurier: Hat sich durch Ihre Arbeit im Europa-Parlament Ihr Blickwinkel und Ihre Auffassung von Europa verändert?

Weisgerber: Europa ist nicht nur unsere Zukunft sondern unsere Gegenwart. Dies wird mir bei meiner täglichen Arbeit immer wieder klar. In meinen Ausschüssen kommen 70 – 80 % der Gesetzgebung aus Brüssel. Im Umweltbereich wage ich zu behaupten, dass es sogar 90 % der Entscheidungen sind. Es freut mich immer zu sehen, dass man als einzelne Abgeordnete so viel bewegen kann und die Interessen seiner Heimat in den Gesetzgebungsprozess mit einbeziehen kann.

ASP-Kurier: Frau Weisgerber, für Ihre Bereitschaft, unsere Fragen zu beantworten, danken wir Ihnen sehr und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer erneuten Bewerbung um den Einzug ins Europaparlament.